

ÄNDERUNGSANTRAG Stadtrat Thomas H. Hock (FDP) Stadtrat Tom Høyem (FDP) FDP-Gemeinderatsfraktion vom 17. Oktober 2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	3. Plenarsitzung Gemeinderat 21.10.2014 2014/0210 3 öffentlich
Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallentsorgungssatzung)		

1. Die Beschlüsse des Gemeinderats vom 20.11.2012 sowie vom 17.12.2013 zur Einführung einer zusätzlichen städtischen blauen Tonne zur Papiersammlung werden aufgehoben. Die heutige Vorlagen der Verwaltung zu TOP 3 einschließlich der Anlagen werden abgelehnt.
2. Bei der Erfassung des Papiers als Wertstoff bleibt es bei dem bewährten „Karlsruher System“.
 - a. Die bevorzugte Verwertung erfolgt über Straßensammlungen der Vereine, Schulen u. a. sowie über Papiercontainer, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt und gut erreichbar sind.
 - i. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, für diesen hochwertigen Verwertungsweg mittels einer gesonderten Werbekampagne zu werben.
 - ii. Das Amt für Abfallwirtschaft wird angewiesen, diesen Verwertungsweg in allen Stadtteilen intensiv zu unterstützen und dem Gemeinderat vom Erfolg seiner Bemühungen im Jahresabstand zu berichten.
 - b. Es steht den Haushalten und Gewerbebetrieben weiterhin frei, sich bei der Entsorgung der Papierabfälle Dritter zu bedienen.
 - c. Im Übrigen erfolgt die Verwertung insbesondere von Abfallpapier minderer Güte wie bisher in der roten Tonne.

Sachverhalt/Begründung:

1. Ursprünglich war es das von der Stadtverwaltung ausdrücklich formulierte Ziel, mit der städtischen Papiertonne das private gewerbliche Sammeln zu untersagen. Dieses Ziel hat man jetzt aufgegeben. Das private Gewerbe kann weiter arbeiten.
2. Außerdem formulierte die Stadtverwaltung das Ziel, dass man nur in ganz speziellen Fällen von dieser Papiertonne befreit werden könnte. (Deshalb der Begriff Zwangstonne.) Auch dieses Ziel hat man jetzt aufgegeben. Alle können jetzt befreit werden.

3. Die dritte ursprüngliche Idee war, entstehende Mehrkosten dadurch aufzufangen, dass die Wertstofftonne nur jede 4. Woche entleert werden soll. Dieses Ziel hat man jetzt ebenfalls aufgegeben. Die Wertstofftonne soll auch in Zukunft jede zweite Woche entleert werden.

Nachdem die Stadtverwaltung also ihre eigenen Ziele, die sie mit der Einführung einer Zwangstonne verfolgt hat, Schritt für Schritt selbst eingesammelt hat, gibt es nur eine logische Folge: nämlich ohne Abstriche zurückzukehren zu dem bewährten Karlsruher Sammelsystem, das von der Bevölkerung angenommen wird und gute Ergebnisse bei geringen Kosten bringt. Eine – in obigem Antrag vorgeschlagene - intensive Bewerbung und Unterstützung der sortenreinen Papiersammlungen wird zu einer weiteren Erhöhung der Sammelergebnisse führen.

Mit der jetzigen Vorlage bleibt die Stadt bei ihrem geordneten Rückzug leider auf halbem Weg stehen. Eine vierte Tonne einzuführen, ist schlicht nicht notwendig und wird zu Mehrkosten und zusätzlicher Bürokratie führen. Stadtverwaltung und Gemeinderat müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Karlsruher Bevölkerung die zusätzliche Tonne wie kaum ein anderes Projekt der Stadtverwaltung in den letzten Jahren einhellig ablehnt. Auf diesen klar formulierten Willen der Bürgerschaft sollten Stadtverwaltung und Gemeinderat auch außerhalb von Wahlzeiten hören.

unterzeichnet von:

Thomas H. Hock
Tom Høyem

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
20. Oktober 2014